

Wissen Sie es? Bücher zu gewinnen

Gesucht ist ein besonderes Gebäude. Es befindet sich in Treptow, unweit des ehemaligen Freizeitparks Plänterwald. Leider ist es in den letzten Jahren stark in Mitleidenschaft gezogen worden. Der Berliner Senat hat beschlossen, 10 Millionen € zur Verfügung zu stellen, um das Gebäude zu sanieren und zu verpachten. Eine neue Ausfluggaststätte wird entstehen.

Wovon ist die Rede?

- a) „Haus Zenner“
- b) „Eierhäuschen“
- c) „Tränenpalast“

Ihre Antwort an:

Matthias Schmidt, MdB
Ekkehardstraße 1
12437 Berlin

oder

matthias.schmidt@bundestag.de

Unter den richtigen Antworten werden drei Exemplare des Buches „Fremd“ von Tatjana Ansbach verlost. In 15 berührenden Geschichten schildert sie, wie es Flüchtlingen ergehen kann. Einsendeschluss ist der 30. Oktober 2015.

In dieser Ausgabe

„Wir brauchen eine effektive Kriminalitätsbekämpfung!“

Neun Forderungen für mehr Sicherheit in Deutschland Seite 2

Geben. Spenden. Stiften.

Die Bürgerstiftung Treptow-Köpenick Seite 3

Dem Staat entgehen Milliarden

Bundestag will Steuerflucht und Steuervermeidung wirksamer bekämpfen Seite 4

Unbegleitete Kinder auf Flucht Die neuen Waisen



Foto: Lars Dusterhöft

Liebe Nachbarinnen und Nachbarn.

Waisenheime alter Prägung gibt es nicht mehr. Überwunden und ersetzt wurden sie durch betreutes Wohnen, Pflegefamilien, Hilfen zur Erziehung und ein gutes Netzwerk hilfestellender Strukturen. Kinder, denen unwiederbringlich oder vorübergehend die Sorge ihrer Eltern fehlt, sind heute nicht mehr stigmatisiert wie früher.

Der Staat nimmt seine Aufgabe sehr ernst, wenn es um die Unterbringung von Kinder geht. Zugleich ist eine Inobhutnahme gefährdeter Kinder keine Einbahnstraße mehr. Die Stabilisierung der Familie erfolgt zeitgleich und sorgt meistens dafür, dass Kindern eine Rückkehr ermöglicht wird.

Und die neuen Waisen? Gemeint sind die Kinder, denen Familie oder familienähnliche Strukturen fehlen. Nicht, weil sie sie nie kannten, sondern weil sie diese unwiderruflich verloren haben. Sie sind die neuen Waisen und ihre vorübergehende Unterbringung und Versorgung in Notunterkünften ähnelt den Waisenheimen alter Prägung. Es sind weniger kleine Kinder, sondern eher Jugendliche. Die Rede ist

von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen, abgekürzt UMFs. Hinter dieser Abkürzung stehen meistens Verluste, Schicksale und Traumata.

Bis unsere gewohnten verlässlichen Abläufe zum Schutze des Kindeswohles greifen und den Jugendlichen wieder ein geschütztes Umfeld und familiäre Strukturen bieten vergeht viel Zeit. Zeit, in der die Familie in Syrien, im Irak oder in Eritrea bangt, ob und wo denn Ihr Kind angekommen ist. Zeit, in der ihr Kind möglicherweise die Volljährigkeit erreicht und damit das grundgesetzlich verankerte Schutzschild weniger greift. Manch ein Jugendlicher kommt mit dem Wissen an, dass er - in seltenen Fällen „sie“ - einziges überlebendes Familienmitglied ist.

Der Bund sieht sich in der Pflicht und beteiligt sich mit 350 Mio. € an den Kosten. Dennoch: Eine große Lösung wird es nicht geben. Es muss immer viele kleine individuelle Lösungen geben und oberste Priorität bleibt das Wohl des Kindes, egal woher.

Ihr
Matthias Schmidt

„Wir brauchen eine effektive Kriminalitätsbekämpfung!“

Neun Forderungen für mehr Sicherheit in Deutschland



Die Polizei muss gut ausgestattet und ihre Arbeit in der Gesellschaft anerkannt sein.

Dies fordert Matthias Schmidt. Vom 18. bis 20. September haben sich die Mitglieder des Seeheimer Kreises, einer Gruppierung innerhalb der SPD-Bundestagsfraktion, intensiv mit dem Thema Innere Sicherheit befasst. Neun Forderungen wurden beschlossen.

Ohne Sicherheit für alle Mitglieder der Gesellschaft bleibt eine moderne Politik nur Stückwerk. Solidarität und Gerechtigkeit brauchen einen sicheren Rechtsstaat, Freiheit braucht Sicherheit für alle Menschen in Deutschland.

Deutschland ist mit immer mehr und immer vielfältigeren Herausforderungen konfrontiert, die das friedliche Zusammenleben im Allgemeinen genauso bedrohen wie die Freiheit und die Sicherheit Einzelner. Darum fordert der Seeheimer Kreis, zu welchem auch Matthias Schmidt gehört, das Rechtssystem und die Sicherheitsbehörden in die Lage zu versetzen, der Allgemein- und Alltagskriminalität genauso zu begegnen wie den unterschiedlichen Gefahren, die sich aus der immer weiter fortschreitenden Digitalisierung ergeben. Organisierte Kriminalität jeglicher Couleur darf keinen Raum zum Entfalten haben, Terrorismus - ob rechts, links oder religiös motiviert - muss bereits in seinen Ursprüngen mit aller Kraft bekämpft werden. Dabei geht es

nicht nur um die statistisch messbare Sicherheit, sondern auch um die gefühlte.

Freiheit und Sicherheit dürfen dabei aber nicht gegeneinander ausgespielt, sondern müssen durch entschlossenes politisches Handeln miteinander in Einklang gebracht werden.

Die neun Forderungen zur Inneren Sicherheit

1. Innere Sicherheit erfordert gerade im föderalen System eine ständige Koordination, deren herausragende Wichtigkeit anzuerkennen und mit allen Mitteln voranzutreiben ist.

2. Prävention ist die beste und bevorzugte Verbrechensbekämpfung. Hierbei geht es unter anderem um Aufklärungsarbeit zum Thema Cyber-Kriminalität sowie den Schutz öffentlicher IT-Strukturen, Unternehmen und privater Nutzer. Durch gezielte Maßnahmen zum Wohnungs- und Häuserchutz kann das Sicherheitsempfinden nachhaltig verbessert werden.

3. Den Sicherheitsbehörden sind die technischen Mittel zur Verfügung zu stellen, um den Bedrohungen durch staatliche und nichtstaatliche Akteure mindestens auf Augenhöhe begegnen zu können. Es besteht ein erheblicher

Modernisierungsbedarf.

4. Dem Justizsystem sind die notwendigen personellen und materiellen Mitteln zur Verfügung zu stellen, damit es seinen Aufgaben gerecht werden kann. Es soll einerseits Recht durchgesetzt und andererseits die rechtsstaatlichen Freiheiten der Bürgerinnen und Bürger geschützt werden.

5. Die Fürsorge gegenüber den Beamtinnen und Beamten der Sicherheitsbehörden muss verbessert werden. Hier steht vor allem die Verbesserung und Sicherstellung der Ausbildung im Vordergrund. Dabei geht es nicht um eine weitere Akademisierung des Polizeiberufes, sondern um eine zielgerichtete und stetige Weiterqualifizierung.

6. Die gesellschaftliche Anerkennung von Polizistinnen und Polizisten sowie die Wertschätzung für ihre tägliche Arbeit muss verbessert werden. Physische oder psychische Gewalt gegen Einsatzkräfte darf nicht toleriert werden. Parallel dazu müssen aber auch Dienstvergehen wirksam geahndet werden.

7. Die interkulturellen Kompetenzen der Sicherheitsbehörden sind zu stärken, um angemessen auf die Veränderungen reagieren zu können, die sich aus dem Zustrom von Flüchtlingen und Einwanderern in unser Land ergeben.

8. Die Struktur der Nachrichtendienste ist zu überprüfen und entsprechend der Herausforderungen anzupassen. Jeglicher Form der Übertretung eines präziser zu definierenden Aufgabenprofils ist wirksam und nachhaltig zu begegnen. Dafür ist die parlamentarische Kontrolle zu stärken.

9. Ob am Flughafen oder in Wohngebieten – Sicherheit darf nicht privatisiert werden. Der Rechtsstaat trägt die Verantwortung für die Sicherheit und hat sie mit dem Gewaltmonopol durchzusetzen. Privatisierungen aus Kostendruck sind hier der falsche Weg und schaffen mehr Risiken, als sie beheben.

Geben. Spenden. Stiften.

Die Bürgerstiftung Treptow-Köpenick



Foto: Ralf Drescher

Klaus Ulbricht, Bezirksbürgermeister a.D. und Vorstandsvorsitzender der Stiftung

„Tun wir Gutes und reden darüber“, so die Eigenwerbung der Bürgerstiftung Treptow-Köpenick.

Mit einem Gründungskapital von 93.250€ wurde die Bürgerstiftung Treptow-Köpenick Ende 2013 ins Leben gerufen. Dieses darf nicht verbraucht werden, wohl aber alle Stiftungsbeiträge und Spenden, die darüber hinaus eingegangen sind.

Das Motto der Stiftung lautet: Stiften für die Ewigkeit. Stiftende können Ihre Beiträge steuerlich geltend machen, sind mindestens zwei Jahre lang Mitglied der Stiftungsversammlung und können sich mit eigenen Ideen in die Stiftungsarbeit einbringen. Eine Zweckbindung von Spenden im Sinne der Satzung ist möglich. Mit einer kleinen Geschäftsstelle an der Brückenstraße, die der Vermieter gegen die Übernahme der Betriebskosten überlässt, ist die Stiftung arbeitsfähig. Organe der Stiftung sind der Vorstand, der Stiftungsrat und die Stiftungsversammlung.

Weil die Bürgerstiftung ehrenamtliches Engagement in Treptow-Köpenick unterstützt, war Matthias Schmidt (MdB) von Anfang an als Stifter mit von der Partie. „Ich finde es wichtig, dass wir insbesondere in der Jugend- und Alten-

hilfe sowie im Sport das Ehrenamt stärken. Darum sind auch weiterhin Unterstützer und Mitstreiter herzlich willkommen.“

Klaus Ulbricht, Bezirksbürgermeister a.D., ist Vorstandsvorsitzender. Mit der überparteilichen Bürgerstiftung erfüllt er dem Bezirk einen lang gehegten Traum. Ihre Aufgabe liegt vor allem in der Vernetzung und Vermittlung von Gebenden und Nehmenden. Sie führt Spender und Ehrenamtler zusammen. Ein Beispiel für die Stiftungsarbeit und Stiftungsausgaben 2015 sind die Interkulturellen Gärten am Cardinalsplatz und die Fahrradwerkstatt in Allende II. Ein größeres zweckgebundenes Projekt bringt derzeit Jung und Alt über die Musik zusammen.

2014 wurden u.a. folgende Projekte gefördert: Wintertrainingslager der Kinder beim Ruderclub Friedrichshagen, Kinderprojekt Check-In der Evangelisch-Freikirchlichen Gemeinde Oberschöne-weide, Ausstellungsvitrine für das erste Berliner Tauchsportmuseum in Adlershof, Ausstattung für das Café Extra beim Figurentheater Grashüpfer.

Weitere Informationen und Termine sind unter www.buergerstiftung-treptow-koepenick.de zu finden.



Matthias Schmidt, MdB

Wahlkreisbüro

Schmidts Ekke

Ekkehardstraße 1
12437 Berlin-Baumschulenweg
Telefon: 030 53 60 99 50
Fax: 030 53 60 99 49

Öffnungszeiten:

Montag:	11 bis 17 Uhr
Dienstag:	9 bis 15 Uhr
Mittwoch:	9 bis 17 Uhr
Donnerstag:	9 bis 15 Uhr
Freitag:	9 bis 15 Uhr
Samstag:	10 bis 13 Uhr

Sprechstunde mit Matthias Schmidt am 1. Samstag im Monat von 10 bis 12 Uhr

Wahlkreisbüro

Rathaus Friedrichshagen

im Grünen Haus
Bölschestraße 87/88
12587 Berlin-Friedrichshagen
Telefon: 030 22 01 38 11
Fax: 030 22 01 38 12

Öffnungszeiten:

Dienstag:	14 bis 18 Uhr
Mittwoch:	10 bis 14 Uhr
Donnerstag:	14 bis 18 Uhr
Freitag:	10 bis 14 Uhr

Bundestagsbüro

Unter den Linden 50
10117 Berlin
Telefon: 030 22 77 48 33
Fax: 030 22 77 68 35

Postanschrift:

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

matthias.schmidt@bundestag.de
www.matthias-schmidt.berlin

Dem Staat entgehen Milliarden

Bundestag will Steuerflucht und Steuervermeidung wirksamer bekämpfen



Foto: Gerd Initiative Echte Soziale Marktwirtschaft (EISM) / pixelio.de

den ausländische Kapitalerträge für die deutschen Finanzämter transparent.

Kurzum: Die Einführung des automatischen Informationsaustausches über Finanzkonten in Steuerangelegenheiten ist ein Meilenstein im Kampf gegen Steuerhinterziehung und Steuervermeidung. Mit den Gesetzen wird ein einheitlicher Rechtsrahmen für den automatischen Austausch von Informationen über Finanzkonten geschaffen. Damit werden die Voraussetzungen für eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Finanzbehörden deutlich verbessert.

Steuervermeidung von Konzernen verhindern

Steuerhinterziehung ist kein Kavaliersdelikt

„In der aktuellen Debatte um die nach Deutschland kommenden Flüchtlinge und Asylsuchenden wird gern zwischen Kriegsflüchtlings und Wirtschaftsflüchtlings unterscheiden. Über die wahren Wirtschaftsflüchtlings, die Bürgerinnen und Bürger die ihr Vermögen außer Landes schaffen, um Steuern zu sparen, wird kaum gesprochen. Dem Fiskus entgehen so Milliarden, die wir an anderer Stelle gut gebrauchen könnten“, beklagt Matthias Schmidt.

Der Bundestag geht dies nun mit zwei wichtigen Gesetzen an.

Steuerflucht international bekämpfen

Der Bundestag hat am 24. September zwei Gesetzentwürfe der Bundesregierung in 1. Lesung beraten, die sich mit dem automatischen Austausch von Informationen über Finanzkonten in Steuersachen befassen. Ziel der Vorlagen ist es, diesen automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten mit Mitgliedsstaaten der Europäischen Union und Drittstaaten von

2017 an in nationales Recht zu überführen.

Zum dem Austausch von Kontoinformationen hatten sich im Oktober 2014 mehr als 50 Staaten auf einer internationalen Steuerkonferenz in Berlin durch einen völkerrechtlichen Vertrag verpflichtet („Mehrseitige Vereinbarung“).

Der automatische Austausch erleichtert es deutschen Finanzbehörden, Informationen über Konten aus dem Ausland zu erhalten. Im Gegenzug verpflichten sich andere Vertragsstaaten, Informationen über Finanzkonten von in Deutschland ansässigen, steuerpflichtigen Personen zu übermitteln. Deutschland wird allerdings nur dann Steuerdaten austauschen, wenn das hohe deutsche Datenschutzniveau eingehalten wird.

Steuerhinterzieher können sich also künftig nicht mehr auf den Schutz durch Besteuerungshindernisse durch anonyme Vermögen verlassen: Für Besteuerungszeiträume von 2016 an wer-

Am 24. September hat der Bundestag zudem einen Gesetzentwurf der Bundesregierung beschlossen, mit dem steuerrechtliche Änderungen und Anpassungen der Abgabenordnung an den Zollkodex der Union vollzogen werden sollen.

Es ist ein großer Erfolg für die SPD-Fraktion, dass es gemeinsam mit den SPD-geführten Ländern gelungen ist, eine Lücke im sogenannten „Umwandlungssteuerrecht“ zu schließen. Damit soll künftig verhindert werden, dass Konzerne Umwandlungen systemwidrig für Steuergestaltungen nutzen und sich so einer Besteuerung entziehen. **Beim „Porsche-Deal“ etwa hatte VW vor drei Jahren das Umwandlungsrecht geschickt genutzt, um ganz legal eine Steuerzahlung in Milliardenhöhe zu vermeiden. Dem schiebt das Gesetz künftig einen klaren Riegel vor.**

Außerdem hat die SPD-Fraktion dafür gesorgt, dass die Regelung rückwirkend in Kraft tritt.

Sie wollen die Zeitungs Ekke per Mail erhalten? Schreiben Sie eine Mail an matthias.schmidt@bundestag.de und Sie erhalten sie stets zuerst.